## Inhalt

DAS AKTUELLE THEMA	
"KI first" braucht Verlierer: Eine Plünderung gerade stilprägender Kunst durch Künstliche Intelligenz soll in Kauf genommen werden Susanne Engelsing	121
AUFSÄTZE	
Verlängerung der Wahlperiode auf fünf Jahre? Frank Decker	132
Rechtsfragen einer allgemeinen Dienstpflicht Jörn Ipsen	140
Warum die AfD-nahe Stiftung bei der staatlichen Finanzierung nicht benachteiligt werden darf. Anmerkungen zum Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts <i>Horst Meier</i>	147
Die staatliche Finanzierung politischer Stiftungen. Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Februar 2023 – 2 BvE 3/19 Mathias Honer	153
Verschuldungskompetenz und Notlagenkompetenz der Europäischen Union in der Corona-Krise: Das Urteil des BVerfG zum Next Generation EU-Programm (NGEU-Urteil) David S. Schwarz	174
Zur Notwendigkeit einer echten (Re-)Novellierung des Auslandsnachrichtendienstrechts Maik Knaust	187
AUS DEM JUWISSBLOG	
Schuldet der Gesetzgeber doch mehr als das Gesetz? – Das Urteil des BVerfG zur Parteienfinanzierung Timo Sewtz	196
GENDER UND RECHTSPOLITIK	
Unternehmensziel Geschlechtergerechtigkeit Isabell Hensel und Jutta Henneberger	200
RECHTSPOLITISCHE BERICHTE	
Rechtspolitisches aus Europa Garonne Bezjak	203
Europäische Rechtsprechung Rechtspolitisches aus den USA Manfred H. Wiegandt	207 211

Rechtspolitische Zeitschriftenumschau 2/2023	216
Christian Busse	
BESPRECHUNGSAUFSÄTZE	
Klassiker der Rechts- und Verfassungspolitologie: Otto Kirchheimer Robert Chr. van Ooyen	222
Neue Veröffentlichungen zum Religionsverfassungsrecht – Teil II Thomas Gawron	231
BUCHBESPRECHUNGEN	
Streit ums Recht – 50 Jahre VDJ  Hans-Ernst Böttcher	241
Der Plenarsaal als stummer Zeuge der Geschichte Stefan Lenz	244
NAMEN UND NACHRICHTEN	
Berlin: Felor Badenberg neue Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz Bundeskabinett beschließt digitale Dokumentation der strafgerichtlichen	131
Hauptverhandlung	173
Berlin: Iris Spranger als Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport bestätigt BMJ-Entwurf des Selbstbestimmungsgesetzes: Erklärung beim Standesamt reicht für	186
Änderung des Geschlechtseintrags	246
Berlin: Auszüge aus dem Koalitionsvertrag	247
Autorinnen und Autoren	249

IV Recht und Politik 2/2023